



Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn

Verantwortungsloses Vorgehen des VSEG wird den Bürgerinnen und Bürger 10% mehr Steuern kosten

Die brockenweise an den Tag tretenden Informationen zu den geheimen Verhandlungen zwischen Wirtschaftsverbänden, VSEG und der Regierung zeigen, dass die Beteiligten willens sind die Staatskassen zu plündern und damit eine Steuererhöhung für die Bürgerinnen und Bürger in Kauf nehmen.

Beinahe täglich sind Neuigkeiten über die geheimen Verhandlungen zwischen Regierung, dem VSEG und den Wirtschaftsverbänden zu vernehmen. Regierungsratskandidatin Marianne Meister brüstet sich an einer Parteiversammlung, sie hätte Einsicht in geheime Akten, Regierungsrätin Esther Gassler spricht von einem Härtefallfonds für besonders betroffene Gemeinden und VSEG-Präsident Kuno Tschumi verrät im jüngsten Newsletter unbestätigte Zahlungen, welche einerseits vom Kanton an die Gemeinden fliessen und andererseits von der Wirtschaft als Ausgleich geleistet werden sollen. Und die Regierung schweigt sich aus!

Offensichtlich liegen bei den USR III- Befürwortern die Nerven blank

Das Vorpreschen einzelner Akteure dieser Geheimverhandlungen zeigt deutlich auf, dass bei den Befürwortern der Unternehmenssteuerreform III (USR III) die Nerven wohl blank liegen. Nachdem in den vergangenen Tagen namhafte und glaubwürdige Finanzpolitiker der USR III kein gutes Zeugnis ausstellten, fangen sie offensichtlich an Halbwahrheiten zu streuen und damit der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Dabei scheinen die zu vergessen, dass das Stimmvolk nicht dumm ist. Denn egal ob die immensen Steuerausfälle beim Kanton oder den Gemeinden anfallen, bezahlen wird die Zeche zuletzt der einfache Steuerzahler.

Es stellt sich die Frage, welche Interessen der VSEG vertritt.

Obwohl der Vorstand der VSEG im Oktober der regierungsrätlichen „Strategie“ zur Umsetzung der USR III im Kanton Solothurn, welche Kanton und Gemeinden Steuerausfälle von rund 140 Millionen Franken beschert, zjubelt, formiert sich ein Bündnis von Gemeindevertretern, welches vor den verehrenden Folgen dieser Strategie warnt. Auffällig ist dabei, dass der Vorstand des VSEG vorwiegend aus bürgerlichen Gemeindevertretern besteht.

Selbst Alt-Regierungsrat Christof Wanner (FdP) und Alt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlump sehen in der Vorlage ein aus dem Gleichgewicht geratenes Ungetüm, welches den Steuerzahler teuer zu stehen kommt.

10% Steuererhöhungen oder massive Sparpakete sind absehbar

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn ist über das verantwortungslose Vorgehen des VSEG entsetzt. Während der Verband den Steuerzahlern vorgaukelt, dass die Gegenfinanzierung zu den massiven Steuerausfällen die von der USR III ausgelöst werden, egalisiert werden kann, verschweigt er, dass trotz allem Steuererhöhungen zugunsten der Staatskasse unumgänglich sein werden. Geht man von rund 650 Millionen Franken Steuereinnahmen von den Natürlichen Personen aus, wird es eine Steuererhöhung von rund 10% benötigen um die Steuerausfälle zu kompensieren.

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn lehnt deshalb die USR III klar ab und empfiehlt diese zurück an den Absender zu schicken. Nur so kann eine ausgeglichene Vorlage vom Parlament ausgearbeitet werden.

Solothurn, 27.01.2017

Für weitere Auskünfte:

- Markus Baumann, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, 079 435 64 47